



Für die Heimat

Artur Auernhammer



02/2024

www.artur-auernhammer.de

Bundshaushalt 2024 entpuppt sich als Belastungspaket

Der Februar startete mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2024. Bereits im November letzten Jahres hätte dieser unter Dach und Fach gebracht werden sollen. Die Ampelregierung trug durch ihre chaotischen Beratungen und die infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts selbst verschuldete Haushaltskrise jedoch dazu bei, dass diese Frist nicht eingehalten werden konnte. Um das entstandene Haushaltsloch zu stopfen, suchte die Koalition nach Möglichkeiten, ihre Ausgabenpolitik zu begrenzen. Das Ergebnis, ein Flickwerk vermeintlicher Einsparungen, entpuppte sich letztlich als Belastungspaket.

Trotz Rekordsteuereinnahmen rechnet die Ampelregierung mit einer Neuverschuldung von 39 Mrd. Euro. Die Folgen dieser maßlosen Ausgabenpolitik der Ampel werden durch weitere Steuern und Abgaben in Form eines Anstiegs des CO2-

Preises, der LKW-Maut, wie auch der Ticketsteuer und der Einführung einer Plastikabgabe auf dem Rücken der Bürger und Unternehmen ausgetragen. Die gleichzeitige Erhöhung des Bürgergeldes um 12 Prozent sendet das falsche Signal und lässt Arbeiten immer unattraktiver erscheinen.

Die eingeplanten Abgabenerhöhungen im Bundeshaushalt 2024 treffen jedoch auch den Agrarsektor und gefährden die Zukunftsfähigkeit der heimischen, regionalen Landwirtschaft, die durch Investitions- und Förderkürzungen noch weiter in Bedrängnis gerät. Doch nicht nur hier wird gespart. Die Kürzungsmaßnahmen betreffen den gesamten ländlichen Raum. Artur Auernhammer betont hierzu: „Der Haushaltsplan wird den Herausforderungen Deutschlands nicht gerecht. Die steuerliche Mehrbelastung insbesondere des Agrarsektors, sowie die Investitionskürzungen im ländlichen Raum verdeutlichen die falsche Prioritätensetzung in der Haushaltspolitik der Ampelregierung. Das einzig Richtige in der gegenwärtigen Situation sind nicht Be- sondern Entlastungen.“



Unionsfraktion fordert Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft



Bericht Seite 3

Der Drogenpolitik der Ampel begegnen CDU/CSU mit einer klaren Antwort: NEIN!



Bericht Seite 2



Legalisierung von Cannabis beschlossen

Die Ampelkoalition hat die Legalisierung von Cannabis beschlossen. Cannabis soll künftig nicht mehr zu den verbotenen Substanzen nach dem Betäubungsmittelgesetz gehören. Besitz und Konsum bleiben unter bestimmten Bedingungen straffrei. Die Abgabe soll in sogenannten Cannabis-Clubs erfolgen, gleichzeitig wird der Eigenanbau von drei weiblichen Pflanzen erlaubt. Im parlamentarischen Verfahren wurden die wenigen Schutzregelungen, etwa für Kinder und Jugendliche, nochmals verwässert. So wurden zum Beispiel die Bannzonen um Schulen und Kitas verkleinert, die Freigrenzen heraufgesetzt und die Höhe der Bußgelder abgesenkt.

„Die geplante Cannabislegalisierung ist gesundheitspolitisch fatal und im höchsten Maße verantwortungslos“, so Artur Auernhammer. Zugunsten einer kleinen Klientel, die seit Jahren lautstark auf die Legalisierung drängt, nimmt der so genannte „Bundesgesundheitsminister“ Karl Lauterbach und die gesamte Bundesregierung schwerwiegende gesundheitliche Folgeschäden billigend in Kauf.

Artur Auernhammer zeigt seine „rote Hand“ - gegen den Einsatz von Kindersoldaten



Krieg raubt Kindern ihre Kindheit! – Nach wie vor ist es trauriger Alltag, dass zehntausende Kinder weltweit in Armeen und Rebellengruppen als Soldaten in den Krieg geschickt werden und ihnen so die Kindheit geraubt wird. Unvorstellbar, was das mit den Kindern macht. Diese seelischen Narben tragen sie ihr Leben lang mit sich.

Es ist wichtig, dass auf diesen tragischen Einsatz von Kindersoldaten aufmerksam gemacht wird. Aus diesem Grund beteiligte sich Artur Auernhammer Mitte Februar auch in diesem Jahr an der „Red-Hands“ – Aktion. Besonderen Dank ließ er der Kinderkommission des Bundestags zukommen, die diese bedeutsame Aktion organisiert, um gegen den Einsatz von Kindersoldaten ein Zeichen zu setzen und auf deren tragisches Schicksal aufmerksam zu machen.



Der Drogenpolitik der Ampel begegnen CDU/CSU mit einer klaren Antwort: NEIN!

Die Ampel betreibt keine Gesundheitspolitik, sondern eine Politik der massiven Gesundheitsgefährdung, denn die geplante Cannabislegalisierung wird fatale Auswirkungen auf die Gesundheit vieler Menschen haben. Zudem sind die enthaltenen Regelungen schlicht nicht kontrollierbar und werden jede Vollzugsbehörde vor unlösbare Aufgaben stellen. Statt einer Cannabislegalisierung braucht es eine langfristig angelegte Präventionskampagne zum Schutz von Kindern und Jugendlichen und verstärkte Forschung auf dem Gebiet Medizinalcannabis zum Wohle der betroffenen Patientinnen und Patienten, insbesondere im Palliativbereich.



Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft

Die Wirtschaftsnation Deutschland krankt an ungünstigen Wirtschaftsbedingungen und mangelnden Förderinitiativen seitens der Regierung. Als konstruktive Opposition ergreift die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag daher die Initiative und veröffentlicht in engem Dialog mit dem Deutschen Mittelstand ein Maßnahmensofortpaket zur Stärkung der Wirtschaft und zur Entlastung von Bürgern und Unternehmen.

Das Sofortpaket, das als erster Schritt hin zu einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik dient, umfasst eine Menge an Maßnahmen, die zu spürbaren Veränderungen führen und so die deutsche Wirtschaft ankurbeln sollen. Teil der vorgeschlagenen Maßnahmen sind unter anderem die Begrenzung der Sozialabgaben auf 40 % des Bruttoarbeitslohns, die steuerliche Begünstigung für Arbeitnehmer und die Rücknahme der Steuererhöhungen für die Landwirtschaft. Es sollen aber auch die Unternehmen selbst entlastet werden, unter anderem durch einen Planungsbeschleunigungspakt, steuerliche Entlastungen und ein Belastungsmoratorium, demnach bis 2025 keine zusätzliche Bürokratie für die Unternehmen entstehen soll.



Artur Auernhammer betont: „Unser Wohlstand steht auf dem Spiel. Der Wirtschaftsstandort Deutschland muss wieder attraktiver werden und der Mittelstand als Rückgrat unserer Wirtschaft gestärkt werden – die Bundesregierung muss sich an den Interessen der deutschen Wirtschaft und denen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer orientieren.“



Das Sofortprogramm umfasst folgende Maßnahmen:

1. Die Begrenzung der Sozialabgaben bei 40 Prozent des Bruttoarbeitslohns wieder einzuführen;
2. Überstunden für Vollzeitbeschäftigte steuerlich zu begünstigen;
3. Die ersten 2.000 Euro Arbeitseinkommen im Monat für Rentner steuerfrei zu stellen;
4. Stärkere Sanktionen für verweigerte Arbeitsannahme im Bürgergeldbezug einzuführen;
5. Steuerliche Entlastungen für Unternehmen umzusetzen. Sowohl der Bundesfinanzminister als auch der Bundeswirtschaftsminister haben steuerliche Entlastungen für Unternehmen in Aussicht gestellt. Wenn diese Ankündigungen der beiden Minister abermals folgenlos bleiben, wird dies zu einer weiteren Verunsicherung und Frustration bei vielen Unternehmen führen. Deshalb braucht es jetzt eine spürbare Senkung der Belastung der Unternehmen, etwa über eine Senkung der Steuern für im Unternehmen verbleibende (thesaurierte) Gewinne auf ein wettbewerbsfähiges Niveau von 25 Prozent;
6. Die Stromsteuer dauerhaft auf das europäische Minimum zu senken (0,05 Cent/kWh) sowie die Netzentgelte zu halbieren;
7. Die Steuererhöhungen für Landwirte vollständig zurückzunehmen;
8. Mehr Flexibilität für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, indem eine Wochen- statt der begrenzten Tagesarbeitszeit eingeführt wird, sowie mehr Flexibilität bei der Arbeitszeiterfassung zu ermöglichen;
9. Das Vorhaben „Europäische Lieferkettenrichtlinie“ zu stoppen und die Anwendung des deutschen Lieferkettengesetzes auszusetzen und zu überarbeiten;
10. Den mit den Ländern vereinbarten Pakt für Planungsbeschleunigung bis Ostern zu verabschieden. Zusätzlich sollte eine Genehmigungsfiktion bei Planungs- und Genehmigungsverfahren eingeführt werden: Wenn ein genehmigungsfähiges unternehmerisches Vorhaben nach drei Monaten nicht von den zuständigen staatlichen Behörden beschieden worden ist, so gilt es als genehmigt;
11. Eine solche Genehmigungsfiktion auch in das Baurecht für den privaten und gewerblichen Wohnungsbau einzuführen, denn damit könnte der Wohnungsbau in Deutschland schneller aus der Krise herauskommen;
12. Ein Belastungsmoratorium umzusetzen, mit dem bis Ende 2025 keinerlei zusätzliche Bürokratie für Wirtschaft und Bürger entsteht.



Wahlkreisreform folgt ideologischen Motiven und nicht dem Gedanken des Wahlrechts

„Mit dieser Wahlrechtsreform folgt die Ampel allein ideologischen Motiven und nicht dem Gedanken des Wahlrechts“, kritisiert Artur Auernhammer. „Alles spricht für einen Wahlkreis in München, doch ohne mit der bayerischen Staatsregierung überhaupt zu reden, wird hier über die Köpfe der Bayern hinweg entschieden. Das ist die Fortsetzung dessen, was wir beim Wahlrecht schon erlebt haben: Gegen jede fachliche Betrachtung, nur zum Machterhalt der Ampel. Das ist zutiefst verwerflich!“

Zusätzlich wird dieser Wahlkreis „Memmingen-Unterallgäu“ nur bei der Bundestagswahl 2025 bestehen. Denn: Wenn Wahlkreise zu weit von der durchschnittlichen Wahlkreisgröße abweichen, müssen sie geändert werden und das ist hier der Fall. Im neuen Wahlkreis wohnen schon jetzt deutlich weniger Menschen als im Durchschnitt. Ganz im Gegensatz zu München übrigens, wo alle vier Wahlkreise übergroß sind.



Wahlkreis-Wahnsinn der Ampel

Ein Wahlkreis weniger in Sachsen-Anhalt, einer mehr in Bayern. So steht es im neuen Bundeswahlgesetz, das die Ampel mit ihrer Mehrheit am Donnerstag im Bundestag geschlossen hat. Die Veränderung ergibt sich aus der Bevölkerungsentwicklung: In Sachsen-Anhalt leben immer weniger Menschen, während Bayern wächst.

So weit, so gut, könnte man meinen, wenn da nicht die Hintergedanken der Ampel wären. Denn anstatt diesen Wahlkreis in der wachsende Metropole München zu formen, wo es schon einmal einen solchen Wahlkreis München-Mitte gab, wird der neue Wahlkreis in Schwaben entstehen, wo aus den bisherigen Wahlkreisen nun Gemeinden über Landkreisgrenzen hinweg auseinandergerissen werden.



Artur Auernhammer beim Politischen Aschermittwoch der CSU in Passau



Beim Politischen Aschermittwoch der CSU in Passau gab es klare Worte vom Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden Dr. Markus Söder: „Die Ampel-Regierung hat fertig und stellt eine ernsthafte Bedrohung für den Erfolg unseres Landes dar. Ein Wechsel wird dringend benötigt!“

Artur Auernhammer war auch in Passau und freute sich besonders darüber, dass ein Bus mit CSUlerinnen und CSUlern aus seinem Wahlkreis ebenfalls beim politischen Aschermittwoch dabei war. Eine Klasse Mannschaft aus der Heimat!

Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen durch weiteren Preisanstieg für tierische Produkte nicht belastet werden

Artur Auernhammer äußert sich dazu: „Landwirtinnen und Landwirte leisten mit der Tierhaltung einen sehr wichtigen Beitrag. Zu ihrer finanziellen Entlastung bei der Tierwohlsicherung, insbesondere bei den hierfür notwendigen Stallneu- und umbauten, ist finanzielle Hilfe durch den Bund nötig. Dennoch gilt auch, dass Verbraucherinnen und Verbraucher nicht durch einen weiteren Preisanstieg bei tierischen Produkten übermäßig belastet werden dürfen. Die bisherigen Vorschläge aus dem Landwirtschaftsministerium sind dahingehend noch sehr ausbaufähig, wie dies beides miteinander verbunden werden soll.“



Tierwohl: Ja! – Mehrbelastung: Nein!

Die Tierhaltung sichert die weltweite gesunde Ernährung und fördert eine nachhaltige Landwirtschaft. Unverzichtbar ist sie auch im ländlichen Raum im Hinblick auf die dortige Wertschöpfung. Damit sie auch in Zukunft Bestand hat, muss die Tierhaltung weiter gefördert und Maßnahmen zur Tierwohlsicherung umgesetzt werden. Um die hierbei anfallenden Kosten zu finanzieren, hat Landwirtschaftsminister Cem Özdemir die Einführung eines „Tierwohlcent“ vorgeschlagen. Dieser orientiert sich an Empfehlungen der sogenannte Borchert-Kommission.



Artur Auernhammer unterstützt demonstrierende Landwirte in Berlin



Anlässlich der landwirtschaftlichen Generaldebatte im Deutschen Bundestag hatten Landwirte vom Bauernverband Südbrandenburg vor dem Reichstagsgebäude demonstriert und forderten abermals die Bundesregierung auf, die Mehrbelastungen für die Landwirtschaft zurückzunehmen.

CSU Agrarsprecher und MdB Artur Auernhammer unterstützte vor Ort die Demonstration.



Foto: DBT/Marc-Steffen Unger



[Zum gesamten Abschlussdokument](#)

Abschlussveranstaltung des ersten Bürgerrats „Ernährung im Wandel“

Zur Abschlussveranstaltung des ersten vom Deutschen Bundestag einberufenen Bürgerrats fand nicht nur eine feierliche Übergabe des Gutachtens und der Forderungen des Bürgerrats statt, sondern auch eine Podiumsdiskussion zum Verlauf der Sitzungen und zu den aufgestellten Forderungen an den Bundestag.

Im Bürgerrat war ein Querschnitt der Gesellschaft abgebildet, der sich in vielen Sitzungen und Expertengesprächen rund um das Thema „Ernährung“ informierte und im Anschluss daran einen Forderungskatalog abstimmte, der nun offiziell an die Politik übergeben wurde. Teil der Forderungen sind unter anderem ein kostenfreies Mittagessen in allen Schulen und Kindergärten, bessere Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln oder die verpflichtende Weitergabe von noch genießbaren Lebensmitteln durch die Supermärkte.

Die Forderungen sind nicht bindend und werden in den kommenden Wochen im Bundestag beraten.

Auch Artur Auernhammer nahm an der Podiumsdiskussion als Fachpolitiker teil und vertrat die Perspektiven der CDU/CSU bei der Abschlussveranstaltung. Er bedankte sich für die gute Arbeit und den Einsatz der Teilnehmenden und das differenzierte und breit gefächerte Abschlussdokument. „Aus meiner Sicht steckt da viel Gutes drin, auch wenn manchmal, wie bei der Mittagsversorgung der Kinder, nicht unbedingt der Bund zuständig ist. Wir wollen auf jeden Fall weiter daran arbeiten, dass die Menschen besser über gesundes Essen Bescheid wissen und eigenständig im Supermarkt oder beim regionalen Direktvermarkter nach ihren Bedürfnissen einkaufen können.“



Artur Auernhammer bei der Klausurtagung der JU-Ansbach/Land

Artur Auernhammer war zu Gast bei der Klausurtagung der JU Ansbach/Land in Burgoberbach. Gemeinsam diskutiert wurde über die aktuelle politische Lage im Land. Beeindruckend war bei der inhaltlichen Debatte, mit welcher Bandbreite an Themen sich die JU vor Ort tiefer befasst. Von Landwirtschaft über Migration bis Gesundheit war alles mit dabei.



Sven Waidmann ist neuer CSU-Bürgermeister

... von Bechhofen

Ende Januar wurde Sven Waidmann erfolgreich zum neuen Bürgermeister von Bechhofen gewählt. Die Neuwahl wurde erforderlich, nachdem der amtierende CSU-Bürgermeister, Helmut Schnotz, Anfang Oktober einen Sitz im Landtag errungen hat. Der CSU-Ortsverband hat mit Sven Waidmann einen vielversprechenden Nachfolger aufgestellt. Er setzte sich mit 70,1% der Stimmen gegen seinen Mitbewerber Thorsten Müller durch. Der 39-jährige Familienvater von drei Kindern ist in Bechhofen aufgewachsen und hat sich bereits in jungen Jahren aktiv in die Gemeindearbeit eingebracht. Seit 25 Jahren ist er Mitglied der Feuerwehr Bechhofen, leitet als erster Vorsitzender den dortigen Kameraden- und Reservistenverein und engagiert sich als Vorstandsmitglied im CSU-Ortsverband.

Zum Sieg Waidmanns als neuen Bürgermeister äußert sich Artur Auernhammer erfreut: „Sven Waidmann ist eine überzeugende Persönlichkeit. Er bringt umfangreiche Erfahrungen, große soziale Kompetenz und eine tiefe Verbundenheit mit der Gemeinde Bechhofen mit. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass er als Bürgermeister die Gemeinde voranbringt und die erfolgreiche Arbeit von Helmut Schnotz fortsetzen wird. Herzlichen Glückwunsch Sven Waidmann!“



IHRE MEINUNG
IST MIR WICHTIG!

WIR BITTEN UM
TELEFONISCHE ANMELDUNG
UNTER 0981 - 87514.



Bürgersprechstunde in
Gunzenhausen
am 08. März 2024
9 bis 11 Uhr

in der **CSU-Kreisgeschäftsstelle**
Bühringerstr. 1 | 91710 **Gunzenhausen**

So erreichen Sie mich in Berlin:

Deutscher Bundestag
Artur Auernhammer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030.227-78797
Artur.Auernhammer@bundestag.de

www.artur-auernhammer.de

Mehr unter   

Reden von Artur Auernhammer
im Deutschen Bundestag

Bundesministerium für Ernährung und
Landwirtschaft

CDU / CSU-Fraktion im Deutschen
Bundestag

Bestellservice des Deutschen
Bundestages

Fotos: Tobias Koch, Pixaby, Adobe
Stockphoto und Privat